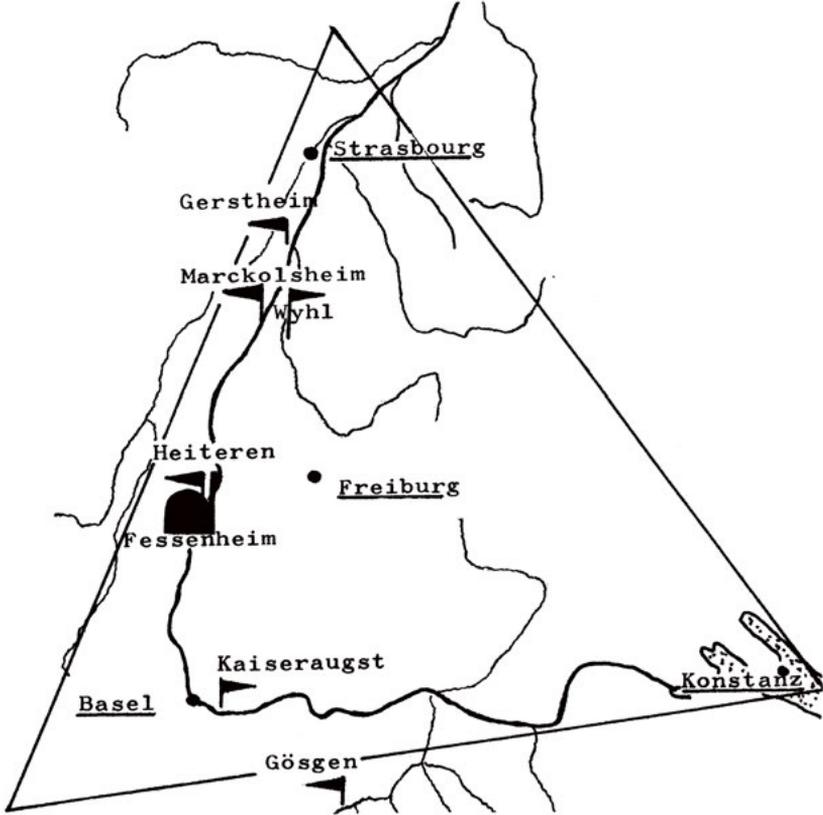


Die Anti-

Bewegung am

202

01 – Schematische Karte des „Dreiecklands“
mit den Hauptorten der Anti-AKW-Proteste



Atomkraft-

**Oberrhein – Chancen
und Grenzen**

**der grenzüberschreitenden
Zusammenarbeit**

im „Dreieckland“

Beinahe gleichzeitig entstanden seit Ende der 1960er Jahre in Deutschland, Frankreich und in der Schweiz Pläne für den Bau von Atomkraftwerken entlang des Rheins. Dadurch sollte einerseits der für das folgende Jahrzehnt prognostizierte steigende Stromverbrauch kompensiert werden, zum anderen war die Ansiedlung von Atomkraftwerken Teil eines Plans zur Industrialisierung des Rheintales, das im Zuge der voranschreitenden Europäischen Einigung zu einem zentralen Industriestandort des Kontinents werden sollte.¹

Als Reaktion darauf formierten sich rasch in allen drei Anrainerstaaten Initiativen gegen diese Pläne. Diese ersten Proteste entlang des Oberrheins waren der Beginn der Anti-Atomkraft-Bewegung in den drei Ländern.² Schon in dieser Frühphase hatte diese Anti-Atomkraft-Bewegung Einfluss auf die jeweils nationale Auseinandersetzung über den Bau von Atomkraftwerken. Besondere Merkmale der Proteste am Oberrhein waren die starke regionale Verwurzelung im „Dreieckland“, die Rückbesinnung auf gemeinsame Kultur, Geschichte und Dialekt sowie das Prinzip der Gewaltfreiheit.

204

Trotz der gemeinsamen Anfänge und der engen Zusammenarbeit der regionalen Gruppen entwickelte sich die Auseinandersetzung um Atomenergie in den drei Ländern jedoch ganz unterschiedlich: Während im badischen Wyhl und im schweizerischen Kaiseraugst auf den Bau der beiden Atomkraftwerke verzichtet wurde, ging das Kernkraftwerk im elsässischen Fessenheim wie geplant ans Netz. Es stellt sich deshalb die Frage, wie es trotz der engen Zusammenarbeit und des gemeinsamen Starts der badischen, elsässischen und nordschweizerischen Atomkraftgegner zur unterschiedlichen Entwicklung der Anti-Atomkraft-Bewegungen in den drei Ländern kommen konnte? Welche Einflussmöglichkeiten ergaben sich durch die Zusammenarbeit der Kernkraftgegner am Oberrhein und wo lagen ihre Grenzen?

02 – Flugblatt: „Heute sind es Wyhl, Kaiseraugst, Marckolsheim, die Schlagzeilen machen“ (um 1975)

**Heute sind es Wyhl,
Kaiseraugst,
Marckolsheim,
die Schlagzeilen machen.**



Und morgen!

Wissen Sie

- daß allein am Oberrhein mehr als 25 Atomreaktoren geplant sind?
- ähnliche Pläne für die Nordseeküste und Niederelbe bestehen?
- an der Weser, in Hessen, an der Donau und am Neckar demnächst weitere Reaktoren errichtet werden sollen?

Wissen Sie, daß schon ein einziger Reaktor

- in einem Jahr das Spaltpotential von über 1000 Hiroshimabomben erzeugt?
- in einem Jahr soviel Plutonium produziert, daß man 30—40 Atombomben davon herstellen oder — Plutonium ist der giftigste Stoff, den es gibt — die ganze Menschheit mehrfach mit Leukämie und Krebs verseuchen könnte?
- daß eine einzige Reaktorkatastrophe eine ganze Region unbewohnbar machen und Gesundheit und Leben über Hunderte von Kilometern über Generationen gefährden würde?
- daß man die atomaren „Abfälle“ über Jahrtausende sicher (?) einschließen, bewachen und kühlen (!) muß?
Welche Last und Gefahr für unsere Nachkommen!

Wissen Sie, daß Kernreaktoren das Energieproblem nicht lösen,

— Kernenergie ist teuer und unsicher —
keine Arbeitsplätze sichern
automatisierte, umweltverschmutzende Großbetriebe verbrauchen diesen Strom — wer braucht deren Produkte?

Weil die Bürger am Oberrhein dies wissen,

halten sie die Bauplätze in Wyhl und Kaiseraugst besetzt; haben sie durch die Besetzung den Bau des Bleiwerkes Marckolsheim verhindert.

**Unser aller
Lebensraum ist
betroffen.**

Wyhl ist überall.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Protest-Kulturtransfer der Anti-Atomkraft-Bewegung im „Dreyeckland“

Anfang der 1970er Jahre formierte sich im Elsass, in Baden und in der Schweiz fast gleichzeitig der Widerstand gegen die Industrialisierung und den Bau von Atomkraftwerken am Oberrhein: 1970 gründete sich im Elsass das „Comité de Sauvegarde de Fessenheim et de la Vallée du Rhin“ (CSFR) gegen das in Fessenheim im Département Haut-Alsace geplante Kernkraftwerk. Auf badischer Seite war zunächst Breisach als Standort für ein Atomkraftwerk ausgewählt worden. Nach massivem Widerstand, insbesondere unter Bauern und Winzern, zog die baden-württembergische Landesregierung die Pläne zurück und wählte Wyhl am Kaiserstuhl als neuen Standort. Doch auch dort bildete sich rasch eine Opposition.³

Auch auf der Schweizer Rheinseite formierten sich seit Anfang der 1970er Jahre Gruppen wie das „Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst“ (NAK)⁴ oder die „Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst“ (GAK) gegen ein in der Gemeinde Kaiseraugst im Kanton Aargau geplantes Atomkraftwerk. Wie in Baden und im Elsass versuchten die Projektgegner auch hier, unterstützt von Naturwissenschaftlern, die Bevölkerung über die Risiken der Atomenergie aufzuklären und auf legalem Wege durch Ausschöpfen der politischen, rechtlichen und parlamentarischen Möglichkeiten das Projekt doch noch zu stoppen.⁵

Schon früh traten die Gruppen diesseits und jenseits des Rheins miteinander in Kontakt, bauten Netzwerke auf, in denen sie Informationen hinsichtlich der Gefahren durch die Atomenergie miteinander teilten und unterstützten sich durch gegenseitige Teilnahme an Veranstaltungen und Demonstrationen. Im August 1974 schlossen sich 21 Gruppen zu den Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zusammen und verabschiedeten eine Erklärung, in der sie versicherten, die Bauplätze in Wyhl und Marckolsheim, wo ein Bleichemiewerk geplant war, gemeinsam zu besetzen, sollte mit den Bauarbeiten begonnen werden. Sie erklärten, „der Gewalt, die uns mit diesen Unternehmen angetan wird, solange passiven Widerstand entgegenzusetzen, bis die Regierungen zur Vernunft kommen.“⁶

Der Ernstfall trat im September 1974 ein, als in Marckolsheim die Arbeiten für das geplante Bleichemiewerk begannen. Bei der Besetzung des Bauplatzes engagierten sich auch zahlreiche Badener, insbesondere Bauern und Winzer, die aufgrund der Lage des Baugeländes direkt am Rhein und somit an der Grenze zu Deutschland durch mögliche Bleiemissionen negative Auswirkungen auf ihre Ernte befürchteten. Um Herbst- und Winterwetter auf dem besetzten Platz trotzen zu können, errichteten die Platzbesetzer unter anderem einen Rundbau aus Holz, das sog. „Freundschaftshaus“, in dem die Projektgegner vor Wind und Wetter geschützt zusammenkommen und nicht nur Informationsveranstaltungen, sondern auch Theateraufführungen oder Weihnachtsfeiern durchführen konnten. Als die Präfektur in Straßburg den Bau des Bleichemiewerks im Februar 1975 untersagte, endete auch die Platzbesetzung.⁷

Als wenige Tage später die Bauarbeiten für das in Wyhl geplante Atomkraftwerk begannen, besetzten die Projektgegner auch hier den Bauplatz und griffen dabei auf die Erfahrungen zurück, die sie in Marckolsheim gesammelt hatten: So entstand auch hier ein Freundschaftshaus, das zum Zentrum des Protests vor Ort wurde und um das sich reges Treiben entwickelte, insbesondere durch die Veranstaltungen der „Volks-hochschule Wyhler Wald“, eines alternativen Bildungsprojekts, das auf dem besetzten Platz ins Leben gerufen wurde. Die Platzbesetzung wurde nicht nur von den Projektgegnern aus den umliegenden Dörfern und von Studenten aus dem nahen Freiburg getragen. Gerade an den Wochenenden und während der Sommermonate war der Platz Anziehungspunkt für Atomkraftgegner aus ganz Deutschland, Europa und sogar Übersee.⁸

Auch in Kaiseraugst griffen die Atomkraftgegner auf die Erfahrungen aus Marckolsheim und Wyhl zurück, als diese am 1. April 1975 eine elfwöchige Besetzung des Baugeländes starteten. Durch den intensiven Austausch der Atomkraftgegner am Oberrhein erhielten die Proteste eine transnationale Komponente, der Protest-Kulturtransfer beschränkte sich dabei nicht nur auf das „Dreyeckland“, die Protestformen wurden auch andernorts angewendet und fanden ihren Weg vom Rhein über

Gorleben und Brokdorf bis nach Übersee, wo die sog. Clamshell Alliance im US-Bundesstaat New Hampshire bei ihrem Kampf gegen den Bau des Atomkraftwerkes Seabrook ebenfalls auf die Erfahrungen der Atomkraftgegner am Oberrhein zurückgriff.⁹

KEIN ATOMKRAFTWERK IN KAISERAUGST!

Dokumentations-
D 8133
Stelle der BfZ



Revolutionäre Gruppe Basel (RGB)

Organisation der BERNER KONFERENZ

**03 - Broschüre: „Kein Atomkraftwerk
in Kaiseraugst!“ (1975)**

Das „Dreyeckland“ als kultureller Bezugspunkt für die Anti-Atomkraft-Bewegung am Oberrhein

Die Anti-Atomkraft-Proteste am Oberrhein zeichneten sich durch einen starken Rückbezug auf die gemeinsamen sprachlichen, kulturellen und historischen Wurzeln der Region aus. Bezugspunkt war dabei das „Dreyeckland“, das Gebiet zwischen drei Bergen der Region: dem Belchen im Schwarzwald, dem Grand Ballon in den Vogesen und der Belchenflue im Jura. Der Rückbezug auf das Dreyeckland bot den Atomkraftgegnern die Möglichkeit, ein regionales Zusammengehörigkeitsgefühl zu erzeugen und insbesondere auch die Gelegenheit, sich gegenüber den politischen Entscheidungszentren und -trägern abzugrenzen.¹⁰

Maßgeblich geprägt wurde der Begriff „Dreyeckland“ durch ein Lied des elsässischen Sängers François Brumbt, das im alemannischen Dialekt zwei Motive der grenzüberschreitenden Anti-Atomkraft-Bewegung am Oberrhein aufgriff: die gemeinsame kulturelle und sprachliche Identität der Region sowie die Fremdbestimmung durch die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen in den politischen Zentren.¹¹

Mit dem „Dreyeckland“ war ein neues europäisches Bewusstsein verknüpft, das nicht auf der Zusammenarbeit von Institutionen, sondern auf der alltäglichen Überwindung von Grenzen durch die Bevölkerung selbst beruhte. „Europa“, konkret die Europäische Gemeinschaft mit ihren Institutionen, so argumentierte Walter Mossmann, badischer Liedermacher und eines der bekannten Gesichter der Anti-Atomkraft-Bewegung am Oberrhein, „das betrifft uns nicht“. Er sah darin lediglich die Bündelung „nationaler Zentralen zur Supermacht“. Gerade durch die Arbeit der Bürgerinitiativen am Oberrhein werde deutlich, so Mossmann, dass „nur die autonomen Gruppen [...] in der Lage [seien], sich unter den Grenzen hindurch zu schlängeln und den gemeinsamen Widerstand zu organisieren.“¹²

Im Kampf der Atomkraftgegner am Oberrhein spielten der gemeinsame alemannische Dialekt und die regionale Kultur und Geschichte eine große Rolle. Das „Dreyeckland“ jedoch allein auf die gemeinsamen kulturellen und sprachlichen Wurzeln zu reduzieren, greift zu kurz,

da sich beispielsweise der alemannische Kulturraum bis nach Vorarlberg erstreckt. Darüber hinaus waren der alltäglichen grenzüberschreitenden Kommunikation zwischen den Atomkraftgegnern über den Dialekt trotz dessen Wiedererstarben Grenzen gesetzt, da auf elsässischer Seite der Dialekt von immer weniger Menschen gesprochen wurde.¹³

Insbesondere im Elsass hatte sich jedoch seit Ende der 1960er Jahre eine Bewegung formiert, die sich für die offizielle Anerkennung der elsässischen Zweisprachigkeit sowie für eine Förderung des zweisprachigen Unterrichts einsetzte, und die teils auch ein besonderes Interesse an kulturellen und ökologischen Themen zeigte. Schriftsteller wie André Weckmann und Sänger wie François Brumbt griffen in ihren Werken auf den alemannischen Dialekt zurück, thematisierten darin Industrialisierung, Umweltzerstörung oder Entfremdung und engagierten sich im Widerstand gegen die Industrialisierung und gegen die Ansiedlung von Atomkraftwerken am Oberrhein. Indem sie der Bevölkerung bewusst machten, dass sie alle den gleichen Dialekt teilten, trugen sie dazu bei, dass der alemannische Dialekt zur Sprache des grenzüberschreitenden Widerstands zumindest nach außen ein wichtiges Mittel zur Identifikation als Gruppe und zur Abgrenzung gegenüber den politisch Verantwortlichen wurde.¹⁴

**04 – Plakat der Volkshochschule Wyhler
Wald. Text in alemannischem Dialekt,
Motiv von Hans Sebald Beham aus dem
Bauernkrieg 1525 (1979)**

Volkshochschule Wyhler Wald

vier Jahre 1975 - 79



mir lehre uns z'wehre

Eng verbunden mit der Renaissance des alemannischen Dialekts war allerdings die Wiederentdeckung der gemeinsamen Geschichte der Grenzregion. Die Atomkraftgegner sahen sich dabei in der Tradition ihrer Vorfahren als Spielball nationaler und internationaler Interessen, die sich jedoch immer wieder gegen die Obrigkeiten auflehnten. Einen wichtigen historischen Bezugspunkt für die Bürgerinitiativen am Oberrhein bildeten die Bundschuh-Bewegung sowie der Bauernkrieg, der sich im Jahr 1975, auf dem Höhepunkt der Proteste am Oberrhein, zum 450. Mal jährte. Die Atomkraftgegner stellten ihren Widerstand bewusst in direkte Tradition der Aufstände des 16. Jahrhunderts und sahen sich als legitime Nachfolger der Bauern – einige betrieben sogar Ahnenforschung, um zu belegen, dass ihre Vorfahren an den Aufständen beteiligt gewesen waren. Auf Grundlage des historischen Stoffes wurden Theaterstücke aufgeführt, Liederabende veranstaltet und Vorträge gehalten.¹⁵ Daneben nutzten die Atomkraftgegner vielfach Abbildungen von Holzschnitten mit Szenen aus dem Bauernkrieg zur Illustration von Plakaten oder aber in den Programmen der „Volkshochschule Wyhler Wald“.¹⁶

Weitere historische Bezugspunkte für die Anti-Atomkraft-Bewegung am Oberrhein waren einerseits die 1848er-Revolution und andererseits die Salpetererunruhen im Hotzenwald im Südschwarzwald an der Grenze zur Schweiz. Auch hier versuchten alternative Gruppen, die regionale Geschichte wieder in das öffentliche Bewusstsein zu bringen und sich in die Tradition der Freiheitskämpfer zu stellen, auch wenn im Fall der Salpeterer heute von der Forschung bezweifelt wird, ob es sich hierbei tatsächlich um eine Freiheitsbewegung handelte und angeführt wurde, dass die Atomkraftgegner diese durch eine entsprechende Interpretation der vorliegenden Quellen bewusst in die Tradition der freiheitlichen Protestbewegung gestellt hatten.¹⁷

Grenzen der Gemeinsamkeit – unterschiedliche Entwicklung der Auseinandersetzung um den Bau von Atomkraftwerken in Baden, Elsass und der Schweiz

Trotz der engen Zusammenarbeit der Atomkraftgegner aus Baden, dem Elsass und der Schweiz waren dem gemeinsamen Kampf gegen den Bau von Atomkraftwerken am Rhein Grenzen gesetzt. Die Auseinandersetzung mit den politisch Verantwortlichen gestaltete sich in den drei Ländern sehr unterschiedlich, da sie maßgeblich von den jeweils nationalen Atomkraftgegnern geprägt wurde.

Die Ausgangssituation in den drei Ländern war ebenfalls unterschiedlich: Im Gegensatz zu Wyhl und Kaiseraugst war der geplante AKW-Standort im elsässischen Fessenheim nicht besetzt worden, insofern fehlte den Atomkraftgegnern dort ein Faustpfand gegenüber Politik und Kraftwerksbetreibern. Sowohl in Wyhl als auch in Kaiseraugst trugen die Verhandlungen über eine Platzräumung und die auf dieser Grundlage geschlossenen Vereinbarungen maßgeblich dazu bei, dass sich der Start der Bauarbeiten für die beiden Atomkraftwerke weiter verzögerte.¹⁸

Darüber hinaus gab es hinsichtlich der Möglichkeiten des rechtlichen Vorgehens gegen die Kernkraftwerksprojekte verschiedene Voraussetzungen: So waren den französischen Atomkraftgegnern enge Grenzen gesetzt, rechtlich gegen das Projekt vorzugehen. Einzig im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Erteilung einer „Déclaration d'utilité publique“ hatte die Bevölkerung die Gelegenheit, Einsprüche gegen das Projekt vorzubringen. Zwar wurden innerhalb kürzester Zeit hunderte Einsprüche gegen das Projekt eingereicht, diese hatten jedoch keinen Einfluss auf das weitere Genehmigungsverfahren. Zusätzlich versuchten Mitglieder des CSFR, gegen die bereits ergangene Genehmigung gerichtlich vorzugehen. Der Conseil d'Etat, der in Frankreich auch die vergleichbare Funktion des deutschen Bundesgerichtshofs ausübt, wies die Klage jedoch als gegenstandslos zurück, die Bauarbeiten konnten wie geplant weitergehen.¹⁹

In Wyhl dagegen konnten die Atomkraftgegner sämtliche Möglichkeiten ausschöpfen, das

Bauprojekt juristisch zu stoppen. Die gerichtliche Auseinandersetzung zog sich durch mehrere Instanzen, während die Bauarbeiten nicht vorangetrieben wurden. Erst 1985 gab das Bundesverwaltungsgericht grünes Licht für das Kernkraftwerksprojekt in Wyhl.

In der Zwischenzeit hatten sich die Vorzeichen für das Projekt allerdings geändert: Einerseits hatten sich die Prognosen zum Energiebedarf, die in den 1970er Jahren für die Zukunft angestellt worden waren, inzwischen als zu hoch erwiesen, andererseits ließ sich das Projekt spätestens nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl nicht mehr durchsetzen. Die baden-württembergische Landesregierung verzichtete deshalb 1987 offiziell auf den Bau des Atomkraftwerkes in Wyhl.²⁰

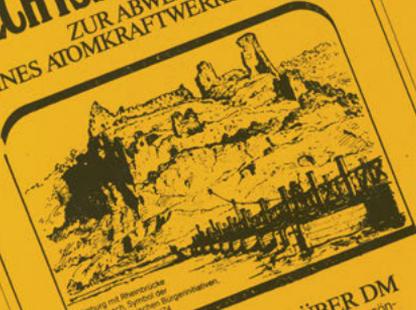
Ein Jahr später wurde auch in der Schweiz der Verzicht auf das in Kaiseraugst geplante Atomkraftwerk verkündet. Die Gründe für das Aus ähnelten dabei denen in Wyhl: Neben dem vehementen Widerstand der lokalen Bevölkerung waren auch hier die technischen und ökonomischen Planungen aufgrund des immer wieder verschobenen Baubeginns mittlerweile überholt. Letztendlich hatte auch hier die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl dazu beigetragen, dass das Projekt politisch gegenüber der Bevölkerung nicht mehr durchsetzbar war.²¹

Auch die unterschiedlichen politischen Systeme hatten Einfluss darauf, wie sich die Auseinandersetzung um den Bau von Atomkraftwerken in den drei Ländern entwickelte. In Baden konnte aufgrund des Föderalismus die Landesregierung unter Druck gesetzt werden, indem die Atomkraftgegner die Auseinandersetzung mit den Abgeordneten vor Ort suchten. Da es sich bei den Gegnern des Projekts am Kaiserstuhl vielfach auch um die traditionell konservative Wählerschaft der in Stuttgart regierenden CDU handelte, standen die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen unter dem Druck, zwischen ihren Wählern und der Landesregierung vermitteln zu müssen, wollten sie wiedergewählt werden. Insofern geriet die Landesregierung schnell in die Defensive und konnte sich nicht zu einem zeitnahen Start der Bauarbeiten durchringen.²²

Im französischen Zentralismus mussten sich

DER PROZESS GEGEN DAS KKW WYHL WIRD FÜR SIE GEFÜHRT!

RECHTSSCHUTZBON
ZUR ABWEHR
EINES ATOMKRAFTWERKS WYHL



Umgebung mit Bergwerk
im Saalbach-Tal bei der
Badisch-elsässischen Bürgerinitiative
Registrierung vom 18/12/78

MIT IHRER SPENDE ÜBER DM
in den Treuhandfond leisten Sie einen persön-
lichen Beitrag zur endgültigen Abwehr einer
großen Bedrohung unseres heimatischen Le-
bensraumes. Ihre Hilfe wird eingesetzt zur
bestmöglichen Vorbereitung und Durchfüh-
rung des zweiten Wahlprozesses vor dem
Verwaltungsgerichtshof Mannheim.

**DIE BADISCH-ELSÄSSISCHEN
BÜRGERINITIATIVEN**

Treuhandkonto Wyhl
Nr. 10141834
Volksbank Freiburg

die elsässischen Atomkraftgegner an ihre politischen Vertreter im fernen Paris wenden. Die räumliche Distanz erschwerte es ihnen, Forderungen gegenüber den verantwortlichen Ansprechpartnern zu platzieren. Darüber hinaus gab es in der französischen Parteienlandschaft einen breiten Konsens für die zivile Nutzung der Atomenergie. Zudem erschwerte das Verhältniswahlrecht es den im Laufe der 1970er entstandenen französischen Grünen trotz erster Achtungserfolge, sich in Stichwahlen gegenüber den Kandidaten der etablierten Parteien durchzusetzen. Auch dass die Bevölkerung mehrheitlich pro Atomkraft eingestellt war, machte es den elsässischen Atomkraftgegnern schwer, ihre Forderungen durchzusetzen. Insofern war die elsässische Anti-Atomkraft-Bewegung gegenüber den Gruppen in Baden und der Schweiz im Hintertreffen.²³

Fazit

Trotz des gemeinsamen Beginns und der engen Zusammenarbeit der Atomkraftbewegung diesseits und jenseits des Rheins zeigt sich, dass die Auseinandersetzung um den Bau der Atomkraftwerke mit den politischen Verantwortlichen maßgeblich von den politischen Rahmenbedingungen des jeweiligen Landes abhängig war. Darüber hinaus war der Rückhalt in der Bevölkerung vor Ort von großer Bedeutung. Insofern war die elsässische Anti-Atomkraft-Bewegung gegenüber ihren Partnern in Baden und in der Schweiz deutlich im Hintertreffen. Die Auseinandersetzungen mit der Politik und den Kernkraftwerksbetreibern wurden jeweils von den regionalen Akteuren in Baden, dem Elsass und der Schweiz geführt, die Partner aus den beiden anderen Ländern konnten hier nur eine beratende Rolle einnehmen.

Ihre Wirkkraft entfaltete die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor allem im Hinblick auf den Informationsaustausch sowie im Hinblick auf das Bewusstsein, dass man grenzüberschreitend im Kampf gegen die zivile Nutzung der Atomenergie zusammenstand. Von besonderer Bedeutung war dabei die Rückbesinnung auf die gemeinsamen kulturellen, sprachlichen und historischen Wurzeln im Dreyeckland, die als verbindendes Element über die Landesgrenzen hinweg dienten.

- 1 Da geht es blind durcheinander, in: Der SPIEGEL, Heft 40/1975, S. 96 – 104.
- 2 Zur Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung am Oberrhein vgl. Pohl, Natalie: Atomprotest am Oberrhein. Die Auseinandersetzung um den Bau von Atomkraftwerken in Baden und im Elsass (1970 – 1985), Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2019 (Schriftenreihe des Deutsch-Französischen Historiker-Komitees 15).
- 3 Qu'est-ce que le CSFR?, in: IONIX (1971), Heft 2, S. 2; Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS), Badischer Weinbauverband/badischer landwirtschaftlicher Hauptverband: Einspruch gegen das geplante Kernkraftwerk in Breisach; Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Minister-rates am 7. November 1972, 1/924 Bü 1786; Wüstenhagen, Hans-Helmut: Bürger gegen Atomkraftwerke. Wyhl – der Anfang?, Reinbek: Rowohlt 1975, S. 19 – 21, S. 38.
- 4 1974 umbenannt in „Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke“ (NWA), <https://nwa-schweiz.ch/verein/>, Zugriff: 24.11.2022.
- 5 Häni, David: Kaiseraugst besetzt! Die Bewegung gegen das Atomkraftwerk, Basel: Schwabe Verlag 2018, S. 62 – 68.
- 6 Sternstein, Wolfgang: Atomkraft – nein danke! Der lange Weg zum Ausstieg, Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel 2013, S. 34 – 35; Archiv Grünes Gedächtnis, Erklärung der 21 Bürgerinitiativen an die badisch-elsässische Bevölkerung, Bestand Petra Kelly 2884, abgebildet auf den Innenseiten des vorderen und hinteren Umschlages dieses Katalogs.
- 7 Wüstenhagen: Bürger gegen Atomkraftwerke, S. 53–55, S. 57–60; Protest unterm Weih-nachtsbaum, in: Badische Zeitung, Nr. 297, 24.12.1974.
- 8 Sternstein, Wolfgang: Überall ist Wyhl. Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen. Aus der Arbeit eines Aktionsforschers, Frankfurt a. M.: Haag & Herchen 1978, S. 38 – 41; Nach heißen Tagen kühler, in: Badische Zeitung, 07.08.1975; Beer, Wolfgang: Volkshochschule Wyhler Wald, in: Nössler, Bernd u.a. (Hg.): Wyhl – Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends. Betroffene Bürger berichten, Freiburg: Dreisam Verlag 1981, S. 264 – 275, hier S. 264.
- 9 Ehmke, Wolfgang: Der Widerstand gegen das Atomkraftwerk im Wendland, in: Baer, Willi u.a. (Hg.): Lieber heute aktiv als morgen radio-aktiv, Bd. 4: Gorleben, Gronau, Asse und der Castor-Widerstand, Hamburg: LAIKA-Verlag 2012, hier S. 19; Cohen, Ethan M.: Ideology, interest group formation and the New Left. The case of the Clamshell Alliance, New York u.a.: Garland 1988, S. 99, S. 104 – 105.
- 10 Wackermann, Gabriel: Belfort, Colmar, Mulhouse, Bâle, Fribourg-en-Brigau. Un espace économique transfrontalier, Paris: La Documentation Française 1987, S. 10.
- 11 Brumbt, François: Dreyeckland, in: Jean (Hg): Elsaß. Kolonie in Europa, Berlin: Wagenbach 1977, S. 10.
- 12 Mossmann, Walter: Flugblattlieder, Streit-schriften, Berlin: Rotbuch-Verlag 1980, S. 190.
- 13 Z.B.: Ladin, Wolfgang: Der Elsässische Dialekt – museumsreif?, Straßburg: SALDE 1982.
- 14 Weckmann, André: Das politische Lied im Elsaß, in: Institut für Wissenschaft und Kunst Wien (Hg): Politisches Lied am Beispiel Elsaß, Italien, Österreich, Wien: IWK 1980 (Schriften-reihe des Instituts für Wissenschaft und Kunst; 1), S. 4 – 24, hier: S. 10f.
- 15 Mossmann: Flugblattlieder, S. 183.
- 16 Z.B. Archiv Grünes Gedächtnis, Volkshoch-schule Wyhler Wald, 50. Programm, Bestand Petra Kelly 2858.
- 17 Vgl. dazu u.a. Die Freiheitskämpfe des Jahres 1848, in: WWW-Redaktion (Hg.): Was Wir Wollen extra, Freiburg: WWW 1975; Lehner, Thomas (Hg.): Die Salpeterer: Freie, keiner Obrigkeit untertane Leut' auf dem Hotzen-walde, Berlin: Wagenbach 1977; zur Rezeption der Salpetererbewegung: Kies, Tobias: Verweigerter Moderne? Zur Geschichte der Salpeterer im 19. Jahrhundert, Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft 2004 (Konflikte und Kultur – Historische Perspektiven; 9).
- 18 Häni: Kaiseraugst besetzt!, S. 73; Sternstein: Atomkraft nein Danke!, S. 78 – 83.
- 19 Archives Nationales, Enquête complémen-taire sur l'utilité publique des travaux de construction d'une centrale nucléaire sur le territoire de la commune de Fessenheim, rapport et avis du Commissaire-Enquêteur (07.05.1971), AN 19900395-1; Archives Départementales Haut-Rhin (AD), Sieur Herr (François) et autres (28.02.1975), No 86464; Direction des renseignements généraux (17.04.1972); Activité politique et économique (CSFR), 1391 W17.
- 20 Stadtzeitung Freiburg, Nr. 111, 1985; Löser, Georg: Die Badisch-Elsässischen Bürger-initiativen, in: Baer, Willi u.a. (Hg.): Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv, Bd. 1: Die AKW-Protestbewegung von Wyhl bis Brokdorf, Hamburg: Laika-Verlag 2011, S. 19 – 80, hier S. 41.
- 21 Häni: Kaiseraugst besetzt!, S. 134 – 137.
- 22 Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP), Resolution des Kreisparteitags des CDU-Kreisverbandes Emmendingen zum Kernkraftwerk Wyhl und Bleichemiewerk Marckolsheim/Elsass, Bestand I-290 012-1.
- 23 Archives Départementales Haut-Rhin (AD), A/S des mouvements et associations écolog-istes, 2095 W 34; Lettre ouverte 04.09.1975, in: IONIX (1975), Heft 12, S. 11f.; Archives Départementales Haut-Rhin (AD), Le Préfet du Haut-Rhin à Monsieur le Ministre d'État, Ministre de l'Intérieur, manifestation contre la centrale nucléaire de Fessenheim, 1391 W 26.

Abbildungen

01:
Schematische Karte des „Dreyecklands“
mit den Hauptorten der Anti-AKW-Proteste
Jean (Hg.): Erdchroniken, Bd. 1: Der Tod von
Fessenheim und andere Geschichten aus
dem Dreyeckland, Freiburg i. Br.: Dreisam-
Verlag 1977, S. 9.

02:
Flugblatt: Heute sind es Wyhl, Kaiseraugst,
Marckolsheim, die Schlagzeilen machen
WLB Stuttgart / BfZ: Flugblattsammlung,
Neue Soziale Bewegungen

03:
Revolutionäre Gruppe Basel (RGB), Organisa-
tion der Berner Konferenz (Hg.): Kein Atom-
kraftwerk in Kaiseraugst! Basel: Revolutionäre
Gruppe Basel 1975
WLB Stuttgart / BfZ: D 8133

04:
Plakat: „Volkshochschule Wyhler Wald vier
Jahre 1975 – 79, mir lehre uns z'wehre“, 1979
Sammlung Axel Mayer

05:
Plakat: Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen
(Hg.): Der Prozess gegen das KKW Wyhl wird
für sie geführt, Freiburg i.Br. 1979
WLB Stuttgart / BfZ: PSLD8/18011